

http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/finanzmarkt-spd-chef-gabriel-fordert-transaktionssteuer_aid_551318.html

Finanzmarkt

SPD-Chef Gabriel fordert Transaktionssteuer

Dienstag 14.09.2010, 16:11

Die SPD fordert, die Finanzmärkte umfassend zu reformieren und zu regulieren. Die Finanztransaktionssteuer sei das richtige Instrument, um gegen die „Auswüchse des Kasino-Kapitalismus“ vorzugehen, so SPD-Chef Sigmar Gabriel am Dienstag. Alle börslichen und außerbörslichen Transaktionen sollen demnach mit einer minimalen Umsatzsteuer belegt werden, die Spekulationen verteuert.

Obwohl es der Wirtschaft wieder besser geht, müssen die Finanzmärkte nach Ansicht der SPD umfassend reformiert und reguliert werden. Parteichef Sigmar Gabriel nannte am Dienstag in Berlin eine Finanztransaktionssteuer das richtige Instrument, um die „Auswüchse des Kasino-Kapitalismus“ zu bekämpfen. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer sagte, auch die Weltgewerkschaftsbewegung sei einstimmig für die Einführung dieser Steuer.

Über eine Finanztransaktionssteuer würden alle börslichen und außerbörslichen Transaktionen mit Finanzwerten wie Aktien, Anleihen, Finanz- und Rohstoffderivate sowie alle Devisentransaktionen auf Spot- und Terminmärkten mit einer minimalen Umsatzsteuer belegt. Im Gespräch ist ein Steuersatz zwischen 0,01 und 0,1 Prozent. Eine solche Steuer verteuert die Spekulation umso mehr, je kürzer deren Zeithorizont und je geringer der Eigenkapitaleinsatz ist.

Gabriel sagte auf einer SPD-Diskussionsveranstaltung, zwei Jahre nach Ausbruch der globalen Finanzkrise sei es höchste Zeit, Spekulationen zu verteuern, denn sie destabilisierten die Finanzmärkte. Eigentlich wäre es nötig, in den 27 EU-Mitgliedsstaaten die gleichlautende Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer zu erheben. „Wir glauben, dass es wichtig ist, das Thema nicht wegsacken zu lassen, was aber leider der Fall ist“, sagte der SPD-Vorsitzende.

DGB-Chef Sommer sagte, mit der geplanten Steuer würden Finanztransaktionen nur wenig verteuert, „aber es hätte eine Wahnsinnssteuerungswirkung“. Bislang trügen nur die arbeitenden Menschen und vielleicht noch die kleinen und mittleren Unternehmen die Kosten der Krise. Wenn jetzt zum Stopfen des 57-Milliarden-Euro-Lochs im Bundeshaushalt 2011 auch die Schwachen, Armen und Kranken zur Kasse gebeten werden sollen, dann sei „dieses Land in einer echten Systemkrise“.

